Theater-Ehe gerettet oder nur gekittet? VA 11.01.19

Der Scheidungsrichter muss nicht in Erscheinung treten. Die Theaterhe zwischen Plauen und Zwickau scheint gesichert, Kompromisse wurden gefunden. Doch die bleiben vorerst streng geheim.

Von Torsten Piontkowski

Plauen/Zwickau – Ein Weihnachtsfriede schien nach der Sitzung der Plauener Stadträte am 18. Dezember in weiter Ferne. Mehrheitlich hatten die Stadträte von CDU und Linkenfraktion einen bis 2022 geltenden Grundlagenvertrag abgelehnt. Hauptargument: Mit einem künftigen Stimmverhältnis von 7:3 im Aufsichtsrat ginge Plauen eines wirklichen Mitspracherechtes verlustig, was sich negativ auf strukturelle Entscheidungen hinsichtlich der Zukunft des fusionierten Theaters aus-

wirken könne. Mit der Entscheidung der beiden Fraktionen hätte der bis 2020 geltende Vertrag weiter Bestand gehabt, ein Ausstieg aus dem Haustarifvertrag der Ensemblemitarbeiter wäre nicht möglich gewesen. Der Plauener OB Ralf Oberdorfer wurde aufgefordert, so zeitnah wie möglich weitere Gespräche mit der Plauener OB Pia Findeiß zu führen mit dem Ziel, den Vertrag zugunsten Plauens zu gestalten.

Ein derartiges Gespräch unter Einbeziehung der Fraktionsvorsitzenden aus Plauen und Zwickau fand nun am Montag statt – allerdings wurde über Details strenges Stillschweigen vereinbart. Offiziell ließen beide Stadtverwaltungen gleichlautend nur verlautbaren, dass der bereits im November mehrheitlich vom Zwickauer Stadtrat gefasste Beschluss Grundlage der Diskussion gewesen sei. Als Eckpunkte, so die wenig Substantielles enthaltene Pressemitteilung, gelten das Bekenntnis beider Städte zur Beantragung der vom Freistaat zur Verfügung gestell-

ten Kulturpaktmittel. Ziel sei ferner, die Haustarifverträge aufzuheben und den derzeit gelten Grundlagenvertrag vorfristig bis 31. Dezember 2022 zu verlängern. Der Kompromiss würde den Mitarbeitern zum einen eine gerechte Bezahlung und der Region zum anderen ein „reichhaltiges Theater- und Kulturangebot“ sichern. Mit der Begründung, dass die Details nun erst den Fraktionen vorgestellt werden und anschließend in beiden Stadträten diskutiert werden müssen (am 5. Februar in Zwickau, am 5. März in Plauen), hüllte sich gestern auch Kulturbürgermeister Steffen Zenner im öffentlichen Teil des Kultur- und Sportausschusses in Schweigen. Erhellendes erfuhren die Ausschussmitglieder lediglich im nichtöffentlichen Teil.

Dass die Fraktion SPD/Grüne am gleichen Tag eine Pressemitteilung zum Thema verfasst habe, sei entgegen der Absprache, so Zenner und fügte an, dass es vor allem darum gehe, das „Theater sachte in einen sicheren Hafen zurückzufahren.“ Not

amused über das Vorpreschen von SPD/Grünen zeigte sich auch CDU-Fraktionschef Jörg Schmidt. „Wenn man sich sein Wort gibt, Stillschweigen zu wahren und zuallererst die eigene Fraktion zu informieren, dann ist das das Vorgehen der SPD einfach unehrlich. Selbst im Wahljahr sollte man ehrlich miteinander umgehen“, macht er aus seinem Ärger kein Hehl.

Auf der Grundlage des von der SPD/Grünen-Fraktion im Dezember gestellten Antrages habe die Zwickauer OB vorgeschlagen, einen Kompromiss zu verhandeln, heißt es in der Pressemitteilung, mit der sich die Fraktion wohl etwas früher als andere Lorbeeren sichern wollte, sollte sich nun doch eine Einigung ergeben. Eine derartige Einigkeit, so Fraktions-Chef Benjamin Zabel, bestehe in der vollständigen Ablösung der Haustarifverträge rückwirkend zum 1. Januar 2019 und gleichberechtigter Mitspracherechte bei Struktur-entscheidungen, Eintrittspreisen und der Gestaltung des Spielplanes. Folgen die Fraktionen beider Städte

mehrheitlich diesem Kompromiss, sei die Theaterhe bis 2022 gesichert, gibt sich Zabel optimistisch. Fakt ist demnach: Plauns finanzieller Beitrag bleibt weiterhin geringer als der der reicheren „Schwester“ Zwickau. Doch das war er all die Jahre schon so. Zur Diskussion stand lediglich, ob sich der Finanzanteil von bisher 40:60 auf 67,5:32,5 „verschieben“ wird und ob man sich mit dem von Zwickau vorgeschlagenen Stimmverhältnis von 7:3 anfreunden kann. Wenn es nun heißt, dass Plauen weiterhin gleichberechtigter Partner bleibe, dann kann das nur bedeuten, dass es beim bisherigen paritätischen Stimmrecht bleibt (was relativ unwahrscheinlich ist) oder aber Zwickau weitere Zugeständnisse hinsichtlich der Sperrminorität zugunsten Plauns macht (was relativ wahrscheinlich ist).

Gesichert scheint zudem, die Kulturpaktmittel in voller Höhe abzurufen, um die Rückkehr zum Flächentarifvertrag für die Theaterangestellten finanzieren zu können.